

inquiriren und einer protocollirt. Dann scheint es mir, daß nach diesem Vorschlage die kleineren Vergehen einen Vorzug hätten vor den größeren; denn nur erstere sollen, diesem Vorschlage gemäß, den Vorzug genießen, daß das untersuchende Gericht auch über sie erkennt, während Mündlichkeit oder wenigstens Unmittelbarkeit bei den größeren Verbrechen nicht stattfinden soll. Dann scheint es mir ferner, als wenn nach diesem Vorschlage die Vorschrist ermangele, welche ich früher zu beantragen oder wenigstens zu empfehlen mir erlaubte, die nämlich, daß, — wenn eine Actenversendung an ein Collegium erfolgt, dieses mithin ohne Unmittelbarkeit, nur auf diese Acten gestützt, das Urtheil erkennt, — dann bei allen wichtigern Fällen, dem Referenten zur Controle, ein Correferent beizugeben ist. — Es liegt so unendlich viel in der Hand des Referenten, dieses einen Menschen, durch seine Sachdarstellung allein wird das Erkenntniß des Gerichtshofs begründet; eine in der That geringe Garantie, daß der Rechtspruch des Collegii, dessen übrige Mitglieder die Acten nicht gelesen haben, auf strenger Wahrheit der umfangreichen Acten beruhe, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß der Referent durch einen Correferenten überwacht ist. — Sprechen wir einmal von den Mängeln des bisherigen Verfahrens, so gestehe ich, erblicke ich in diesem Verfahren der Spruchcollegien den größten Uebelstand, wogegen ich die bei dem bisherigen Untersuchungsverfahren gerügten Mängel für, im Vergleich zu jenem, minder erheblich erachte.

Prinz Johann: Was das Erste betrifft, so ist keine Frage, daß, von der eigentlichen Entscheidung abgesehen, es sehr wichtig ist, wenn collegialisch organisirte Gerichte bestehen; denn es gibt eine Menge Proceßfälle, wo die Entscheidung zu wichtig ist, so daß sie collegialisch gefaßt und nicht in die Willkür des Inquirenten gestellt werde. Das Zweite habe ich gar nicht gesagt, sondern ich habe von dem Correferenten nur erwähnt, da durch ihn größere Garantie gegeben wird, was bei jedem Verfahren stattfinden kann. Das zweite Bedenken kann ich nicht leugnen, ich weiß ihm nur nicht abzuweichen, und habe auch diese Frage vorbehalten. Ich glaube, man befindet sich auch in einem Dilemma. Entweder will man Unmittelbarkeit, und dann wird die Sache sehr weitläufig, oder man wird immer darauf kommen müssen, die höhern Verbrechen auszuschließen.

Domherr D. Günther: Ich habe den von Sr. Königl. Hoheit gestellten Antrag unterstützt und konnte consequent nicht anders, da derselbe in der Hauptsache mit dem meinigen übereinstimmt, und nur einen Punkt, den ich geradezu beantragt habe, als einen solchen bezeichnet, der noch einer genauern Prüfung unterworfen werden mußte. Weniger einverstanden kann ich mich mit dem Bedenken des hohen Antragstellers vereinigen, — mit der Ansicht, daß Gerichte, wie ich in Vorschlag gebracht habe, nicht geeignet sein möchten, größere Criminalsachen zu entscheiden; ja ich muß sogar bemerken, daß, wenn man diesen Gerichten jene Befähigung und Ermächtigung nicht zugestehen will, alsdann der allergrößte und wichtigste Vortheil, den ich von ihnen erwarten zu dürfen glaubte, verloren geht, nämlich die Unmittel-

barkeit des erkennenden Richters, das heißt: jenes Verhältniß, wo derjenige, welcher erkennen soll, auch zugleich vorher die Untersuchung geführt hat, und mit denen, die dort als Angeschuldigte oder Zeugen erscheinen, in eignen unmittelbaren Verkehr getreten ist. Das eben ist es, was ich für die Hauptsache halte; das ist es, worauf ich die Hoffnung gründe, daß die einander so schroff entgegenstehenden Meinungen in einer dritten vereinigt werden können. Daß bei einem Verfahren, wo collegialisch organisirte Gerichte nicht nur die Untersuchung führen, sondern auch die Entscheidung sprechen, die Ertheilung von vollständigen, auch auf die Thatfrage gerichteten Entscheidungsgründen und ein Erkenntniß in zweiter, und in den allerwichtigsten Fällen in dritter Instanz möglich sei, davon habe ich die vollkommenste Uezeugung, und zugleich über die Art und Weise, wie dies zu bewirken sei, eine ganz klare Vorstellung. Allerdings nämlich wird, wie Se. Königl. Hoheit selbst bemerkt hat, bei diesen Gerichten ein Protokoll geführt werden müssen. Stellt man aber an mich die Frage, wie weit man mit dem Protocolliren gehen solle, so kann ich nur im Allgemeinen die Antwort geben: So viel muß man protocolliren, als nach dem Ermessen der ersten Instanz nöthig ist, um alle in den Entscheidungsgründen zu erwähnenden factischen Momente durch das Protokoll gehörig zu belegen. Weiter auf diesen Punkt einzugehen, scheint mir jetzt noch nicht am Ort zu sein. Ich bleibe aus Grundsatz bei der Gerichtsverfassung stehen, und vermeide Alles, was sich auf Ordnung des Processes bezieht. Ich gehe also auch nicht ein auf die Frage, ob ein Referent oder Correferent nöthig ist u. s. w., sondern begnüge mich mit dem Sage: Es muß protocollirt werden, und zwar so viel, als nach dem Ermessen der ersten Instanz (denn wer anders sollte hierüber entscheiden?) nöthig ist, um dem Richter in zweiter Instanz eine klare Anschauung der factischen Momente zu geben, auf welche die Entscheidung erster Instanz gegründet ist. Möglich, daß der Richter in zweiter Instanz vielleicht die Protocollführung unvollständig findet. Dann würde ich nicht abgeneigt sein, wenn von der Proceßordnung die Rede wäre, dafür zu stimmen, daß den Richtern zweiter Instanz freistehe, ja zur Pflicht gemacht werde, den Angeklagten, oder den einen oder andern Zeugen wieder vor sich kommen zu lassen und persönlich zu befragen. Doch das Alles bleibe dahingestellt; es gehört nicht mit zu der Frage: „Sollen collegialische Gerichte gebildet werden?“ sondern zu der entfernter liegenden: „Welche Form des Verfahrens soll bei diesen Gerichten eingeführt werden?“ — Ich wende mich zu einem andern, für den Augenblick noch wichtigern Gegenstande. Nicht ohne wahre Freude habe ich vom Herrn Staatsminister vernommen, daß die hohe Staatsregierung der Bildung collegialischer Gerichte nicht abhold ist, sondern sie als zweckmäßig erkennt; nichtsdestoweniger hat der Herr Staatsminister zu erkennen gegeben, daß er vor allen Dingen die Abstimmung über das Princip des Gesetzentwurfes verlangen müsse. So gewiß ich nun auch überzeugt bin, daß der hohen Staatsregierung hierzu das vollkommene Recht zusteht, so sehr muß ich doch bezweifeln, daß, wenn sie jetzt von diesem Rechte Gebrauch macht, etwas Gedeihliches, Ersprießliches für unsern